

Staat und Industrie.

Eine Diskussion im Industriellen Klub.

In der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Oskar v. Heintzel abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellen Klubs stand das Thema „Staat und Industrie“ zur Diskussion. Den einleitenden Vortrag hielt Hofrat Dr. Ludwig Schüller.

Redner wies darauf hin, daß die Kriegszentralen in landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen ebenso wie von den Konsumenten scharf kritisiert werden. Dessenungeachtet verschließe man sich im allgemeinen nicht der Einsicht, daß die staatlichen Zwangsorganisationen während des Krieges notwendig sind. Ihre Aufrechterhaltung nach dem Kriege aber werde höchstens für eine Übergangszeit als wünschenswert angesehen, über diese Zeit hinaus abgelehnt. Eine andere Frage sei es, ob die organisierte Mitwirkung des Staates nicht aus staatsfinanziellen Gründen fortgesetzt werden wird. Der Staat sollte vor allem die Ergebnisse seiner eigenen Betriebe verbessern. Die leitenden Beamten sollten unabhängige, dauernd gesicherte, angemessen bezahlte Stellen erhalten und die Staatsbetriebe selbst nach dem Muster großer Privatunternehmungen reorganisiert werden. Die andere Seite des Problems sei die Erzielung wesentlich höherer Staatseinnahmen aus der privaten Industrie; sie können nicht durch einfache Steuererhöhungen bewirkt werden. Der Staat vermöge jedoch ein großes nützbares Gut nutzbar zu machen; während nämlich bisher die Produktion durch Gesetzgebung und Verwaltung nicht entsprechend gefördert und oft gehemmt werde, könnte der Staat, wenn sein ganzer Verwaltungsorganismus in der Produktion mitarbeite, bedeutende Steigerungen und Verbilligungen der Erzeugung bewirken, dafür sich aber an den erhöhten Erträgen beteiligen. Hierbei kämen neben den notwendigen allgemeinen Reformen für jede Industrie andere Maßnahmen in Betracht. Es sei zwar einfach, aber volkswirtschaftlich nicht rationell, pro Tonne geförderter Kohle eine Steuer einzuführen, statt die Steigerung unserer Kohlenproduktion herbeizuführen, deren zu langsame Entwicklung uns zu wachsender, mehr als 200 Millionen Kronen betragender Einfuhr nötige, obgleich wir genügende Lager haben und zehntausende Arbeiter in ausländische Bergwerke wandern. Die Errichtung einer elektrischen Anlage begegne den größten Schwierigkeiten; von der Ausnützung der Wasserkräfte werde immer gesprochen, ohne daß sie in größerem Umfang ermöglicht wird. Eine sehr große Rolle spiele die Einwirkung des Staates auf die Kartelle und Organisationen der Industrien; hier individualisierend die richtigen Wege einzuschlagen, sei für die finanzielle Ruhmarmachung von entscheidender Bedeutung. Ein anderes Beispiel werde die Verwertung der Vorräte der Kriegsverwaltung nach Beendigung des Krieges sein; in einer Zeit der großen Warennot könnten diese Vorräte unter Mitwirkung der Kriegszentralen mit großem Nutzen für den Staat und die Konsumenten verwertet werden, während bei unrichtigem Vorgehen finanzieller Schaden und Desorganisation des Marktes eintreten würde. Die Erzielung finanzieller Erfolge müsse so jeder einzelnen Frage und jedem einzelnen Produktionszweig angepaßt werden, wozu der Staat durch die Mitarbeit seiner Organe in den verschiedenen Industriezweigen befähigt würde. Die finanziellen Lasten können nur aufgebracht werden, wenn der Staat im Wirtschaftsleben nicht nur nimmt, sondern auch gibt.

Den Ausführungen des Vortragenden folgte lebhafter Beifall.

Dr. Heinrich Frieß bemerkt: Bei der sogenannten „Übergangswirtschaft“ wisse man nie, wann der Übergang aufhört und wann die Friedenswirtschaft beginnt. Es sei zu befürchten, daß ersterer zum Definitivum werde. In der Kartellfrage stehe er auf dem Standpunkt, daß Kartelle nur dort angezeigt seien, wo die Situation der betreffenden Industrie selbst dazu dränge, und da kommen Kartelle auch ohne Beihilfe des Staates aufkande.

Prof. Dr. Redlich führte aus: Für die finanziellen Lasten, die der Krieg gebracht hat, werde man mit den bisherigen Mitteln der Finanzwirtschaft kaum Deckung finden können. Es werde nichts anderes übrig bleiben, als völlig neue Wege zu beschreiten. Einen dieser Wege habe der Vortragende gezeigt: die finanzielle Beteiligung des Staates an gewissen Industrien, und zwar mit teilweisem Fortbestand der Zentralen. Redner würde aber Kartelle mit Staatschutz, die zu einer Art Pensionsanstalt der Industrie werden sollen, nicht für vorteilhaft finden. Eine Verbesserung der Staatsverwaltung allein würde die Werte der Industrie erhöhen, deren Produktivität und den privatwirtschaftlichen Ertrag fördern.